

Stadt Friesack

Die Stadtverordnetenversammlung

Niederschrift über die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung Friesack

vom 19.06.2018

Rathaus Friesack, Marktstraße 22 - großer Sitzungssaal

Sitzungsbeginn: 19:02 Uhr
Sitzungsende: 20:37 Uhr
Anwesend waren: siehe Anwesenheitslisten
G ä s t e : Herr Pust, Amtsdirektor
Frau Zabel, Sitzungsdienst
2 Bürger

A. Öffentlicher Teil:

TOP 01: Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friesack um 19:02 Uhr und begrüßt die Abgeordneten, die Mitarbeiter der Verwaltung und die anwesenden Bürger. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Von 12 Abgeordneten + Bürgermeister (= Vors. der SvV) fehlen die Abg. Plehn, Maltzahn und Karle entschuldigt sowie die Ortsvorsteher Heße und Richter.

TOP 02: Entscheidung (gem. § 42 Abs. 3 Abs. 3 Satz 2 BbgKVerf) über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift über den öffentlichen Teil der letzten Sitzung vom 08.05.2018

Einwendungen gegen die letzte Niederschrift liegen nicht vor. Somit ist die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 08.05.2018 in der vorliegenden Form bestätigt.

TOP 03: Änderungsanträge zur Tagesordnung

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

TOP 04: Feststellung der Tagesordnung

Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Fassung festgestellt.

TOP 05: Einwohnerfragestunde

Aus der Einwohnerschaft wird um Auskunft darüber gebeten, wer die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte vorgibt und ob es möglich wäre, diese zu verändern.

Der Amtsdirektor erklärt hierzu, dass die Geschäftsordnung die Position der Tagesordnungspunkte vorgibt und man diese ändern müsste. Hierzu müsste ein Antrag aus der Stadtverordnetenversammlung ergehen.

Nach einer kurzen Diskussion der Abgeordneten schlägt der Amtsdirektor vor, die Tagesordnung der Gemeinde Mühlenberge als Beispiel zur Beratung dem Protokoll beizufügen.

Weiterhin wird aus der Einwohnerschaft Auskunft darüber erbeten, ob noch freie Fahrradboxen zur Verfügung stehen. Der Amtsdirektor bittet den Einwohner mit der Verwaltung Kontakt aufzunehmen bzw. einen entsprechenden Antrag zu stellen. Er kann hierzu keine konkrete Aussage treffen, ob im Moment noch Boxen zur Verfügung stehen oder, ob es sogar eine Warteliste gibt.

Auf Nachfrage, ob denn noch mehr Fahrradboxen angeschafft werden könnten, da das Interesse daran sehr groß ist, antwortet der Amtsdirektor, dass dies aus finanzieller Sicht nicht möglich ist. Der Investitionsbedarf ist sehr hoch, größer als 2.500 € je Box. Die vorhandenen Fahrradboxen wurden gefördert. Bei einer auskömmlichen Miete müsste sich der derzeitige Preis vervielfachen. Zur Haushaltsentwicklung wird der Amtsdirektor ausführen.

Aus der Einwohnerschaft wird das aktuelle Problem von fehlenden Kita- und Hortplätzen angesprochen. Der Bürger macht sich große Sorgen darüber, dass junge Familien, die wieder in die Region ziehen möchten, keine gesicherte Betreuung für ihre Kinder erhalten. Er bittet um Auskunft, ob eine Kündigung der derzeit genutzten Räume durch den Hort in der Kooperationsschule Friesack möglich ist. Der Amtsdirektor bejaht dies. Derzeit liegt keine Kündigung vor. Der Kreis als Schulträger wird eine Kündigung aussprechen, sofern der Schulbetrieb ohne diese Räume nicht ungestört erfolgen kann. Eine Alternative zur Unterbringung des Hortes gibt es nicht. Es werden mittelfristig verschiedene alternative Standorte hinsichtlich der Geeignetheit geprüft. Die angespannte finanzielle Situation der Stadt Friesack setzt ebenfalls einen engen Rahmen. Die geeigneten Förderkulissen mit erheblichen Fördersummen werden zur Finanzierung notwendig sein. Der Amtsdirektor verweist auf die Idee der Übertragung der Kitas auf Amtsebene, um gebündelte Investitionen in Kitas abzusichern. Diese Idee wird jedoch von einigen Gemeinden nicht angenommen.

Die Abgeordneten Malzahn und Noack weisen darauf hin, dass dieses Problem innerhalb der Stadtverordnetenversammlung schon lange diskutiert wird, aber ohne zur Verfügung stehende Mittel keine Lösung ersichtlich ist. Der Amtsdirektor merkt an, dass auf Bundes- und Landesebene Sozialversprechen gemacht werden, die dann auf kommunaler Ebene ausfinanziert werden müssen. Die Erträge der Stadt Friesack sind sehr hoch, jedoch auch das Defizit.

Aus der Einwohnerschaft wird nachgefragt, ob sich die aktuelle Haushaltssituation auch auf die bevorstehenden Dorffeste auswirkt. Dies bejaht der Amtsdirektor und wird auch hierzu nähere Ausführungen zum nächsten Tagesordnungspunkt machen.

Eine Bürgerin bittet die Abgeordneten um ein kurzes Feedback zur Festveranstaltung

„20jährige Städtepartnerschaft Friesack – Parchowo“. Sie hätte es begrüßt, wenn eine größere Teilnahme der Stadtverordneten an der Festveranstaltung zu verzeichnen gewesen wäre. Die Vorbereitungen und Absprachen waren unzureichend.

Der Bürgermeister nimmt die Kritik an und sagt eine Verbesserung bei einer nächsten größeren Veranstaltung zu.

TOP 06: Information der Amtsverwaltung zur Haushaltsentwicklung der Stadt Friesack im Haushaltsjahr 2018

Der Amtsdirektor erklärt anhand einer Präsentation die Entwicklung der Schlüsselzuweisungen. Die Haushaltsplanung für 2018 beruht auf den Orientierungswerten aus 2017. Mit Festsetzungsbescheid aus März 2018 wurden die Schlüsselzuweisungen für die Stadt Friesack im Gegensatz zu den Orientierungszahlen um 123.000 € reduziert. Dies hängt mit der verringerten Einwohnerzahl (Wegzug der Flüchtlinge in 2016) zusammen.

Der Abgeordnete Himburg bat die Verwaltung um Prüfung, ob bei der Berechnung der neuen Schlüsselzuweisung die richtigen Einwohnerzahlen (Stichtag) verwendet wurden. Dies hat die Verwaltung getan und kann die Richtigkeit der Berechnung bestätigen. Rechnerisch bedeutet dies für die Stadt Friesack eine Erhöhung des Defizits um 45.000 € netto, da die Stadt auch weniger Amts- und Kreisumlage zu zahlen hat. Aufgrund der Erhöhung des Defizites - ohne Ausgleichsmöglichkeit - hat die Kämmerin eine Haushaltssperre für die Stadt Friesack ausgesprochen.

Der Amtsdirektor erläutert weiterhin, dass im Moment kein laufendes Projekt davon betroffen ist. Es wird nachgefragt, ob z.B. die geplanten Dorffeste von der aktuellen Haushaltssituation betroffen sind. Dies bejaht der Amtsdirektor. Ebenso betrifft es z.B. auch sämtliche Instandhaltungsmaßnahmen. Die Haushaltssperre wurde bis zum 30.09.2018 ausgesprochen. Zu diesem Termin erfolgt eine Prüfung der Haushaltssituation. Ist eine Entspannung aufgrund höherer Erträge erkennbar, wird die Haushaltssperre ab dem 01.10.2018 aufgehoben. Sollten sich die Umstände vorher verbessern, wird die Sperre zu einem früheren Zeitpunkt aufgehoben.

Der Amtsdirektor informiert weiterhin darüber, dass der Kreis eine Abfrage über freiwillige Leistungen erbeten hat. Die Verwaltung hat eine Liste erstellt und alle Möglichkeiten genutzt freiwillige Leistungen aufzuzeigen. Dabei hat sich aber auch gezeigt, dass sich die Stadt Friesack nur noch einen sehr geringen Anteil an freiwillige Ausgaben leistet.

Der Abgeordnete Noack fragt nach, ob es ein Insolvenzrecht für Kommunen gibt. Dies wird vom Amtsdirektor verneint. Im Falle der Unmöglichkeit des Ausgleiches im Ergebnishaushalt ist ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) zu erstellen. Der Amtsdirektor weist darauf hin, dass die anderen Gemeinden trotz höherer Schlüsselzuweisungen nicht in der Lage sind, das Defizit im Amtshaushalt auszugleichen, welches durch die verringerte Amtsumlage der Stadt Friesack entsteht.

Der Abgeordnete Malzahn möchte wissen, was die Situation für die Ortsteile und ihre geplanten Dorffeste bedeutet. Die Verwaltung wird sich mit den Ortsvorstehern, die heute leider nicht an der Sitzung teilnehmen, in Verbindung setzen und sie darüber in Kenntnis setzen, dass die geplanten Beträge für Feste nicht in der ursprünglichen Höhe zur Verfügung stehen.

Der Abgeordnete Niedermeyer fasst noch einmal zusammen, dass Verträge, die bereits geschlossen sind, erfüllt werden müssen.

TOP 07: Beratung und Beschluss über die Erhöhung des Sachkontos 545800 - Erstattung für die Tagespflege - im Produkt 36.1.00.01.0 - Kindertagespflege und sonstige Angebote

Der Amtsdirektor führt kurz in den Sachstand ein. Sodann stellt der Bürgermeister den Beschluss zur Abstimmung.

Beschlusstext für den Beschluss 0013/18:

Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Friesack beschließt, das Sachkonto 545800 – Erstattung für die Tagespflege – im Produkt 36.1.00.01.0 – Kindertagespflege und andere Angebote – um 29.500,00 € auf 49.000,00 € zu erhöhen.

Abstimmungsergebnisse zur VorlageNr. 0013/18				
anwesend	ja	nein	Enthaltung	ausgeschl.*
10	10	0	0	0

*Verfahrensvermerk: Mitwirkungsverbot aufgrund des § 22 BbgKVerf

TOP 08: Informationen der Amtsverwaltung

Informationen der Amtsverwaltung liegen nicht vor.

TOP 09: Informationen und Anfragen der Abgeordneten

Der Abgeordnete Niedermeyer greift die vorangegangenen Diskussionspunkte auf. Er fragt nach, welche alternativen Gebäude genutzt werden könnten. Er schlägt eine Einbeziehung der Kulturscheune in die Prüfung als mögliches Hortgebäude vor. Die Verwaltung sieht folgende mögliche Standorte, die jedoch alle erheblichen Umbau bedürfen, erfordern und damit einen hohen finanziellen Aufwand nach sich ziehen: das ehemalige Grundschulgebäude auf dem Gelände des OSZ; die als Rettungswache genutzte Fahrzeughalle der Feuerwehr. Der Abgeordnete Schneider schlägt das Gebäude der LEB vor. Hier gibt es nach Aussage der Verwaltung wesentlich mehr negative Punkte bei einer Vorprüfung. Der bauliche Zustand des Gebäudes ist relativ schlecht. Es fehlt zudem an den zwingend erforderlichen Freiflächen zum Spielen im Freien. Diese sind jedoch zwingende Voraussetzungen für eine Betriebserlaubnis. Weiterhin wird über einen Neubau neben der vorhandenen Kita diskutiert.

Der Amtsdirektor wird die Vorschläge der Abgeordneten hinsichtlich der Umsetzbarkeit prüfen lassen. Er betont, dass jede Variante außerhalb der Schule einen erheblichen finanziellen Aufwand erfordert und die Leistungsfähigkeit der Stadt Friesack in Frage stellt. Die optimalste Lösung ist und bleibt den Hort in den Räumlichkeiten der Schule zu belassen. Jede andere Lösung würde nicht nur finanzielle Probleme mit sich bringen, sondern auch noch organisatorische Probleme aufwerfen wie z.B. die Betreuung auf den Wegen zwischen Schule und Hort etc.

Der Abgeordnete Himburg fragt nach, ob man solche Probleme hätte umgehen können, wenn man die Schule in Trägerschaft der Stadt belassen hätte. Der Amtsdirektor weist darauf hin, dass die Stadt Friesack den Abschluss der Sanierung nicht hätte finanzieren können. Den derzeit vorhandenen hohen baulichen Standard bei der Ausstattung der Räume hätte die Stadt wohl nicht realisieren können.

Allerdings wäre versucht worden, Fördermittel zu erhalten, um die finanzielle Belastung für

die Gemeinden zu verringern. Die Baumaßnahmen wären wohl auch zeitlich gestreckt worden. Der Abgeordnete Töpfer wirft, ein, dass die Lern- und Arbeitsbedingungen an der Schule vorbildlich sind und er als Lehrer diese nicht mehr missen möchte.

Der Abgeordnete Niedermeyer fragt nach, ob sich - hinsichtlich der Probleme mit der Linksjugend - etwas getan hat. Der Amtsdirektor antwortet hierzu, dass Anzeige gegen Unbekannt gestellt worden ist. Der Abgeordnete Niedermeyer bittet die Fraktion der Linken auf ihre Jugend zuzugehen und einen guten Einfluss auszuüben. Von den Stadtverordneten der Linken wird eine Verantwortung auch nur mittelbarer Art zurückgewiesen. Wer immer sich so verhält, macht dies ohne Zustimmung und Billigung durch die Partei Die Linke.

Der Amtsdirektor informiert die Abgeordneten darüber, dass es im Hohenzollernpark zu massiven Vandalismusschäden gekommen ist. Unter anderem wurde auch Munition von Kleinkaliberwaffen gefunden. Der Park wurde gesäubert, die Schäden werden aber aufgrund der Haushaltssituation nicht alle repariert werden können. Der Hohenzollernpark wird bis zur Beseitigung der Gefahrenstelle geschlossen bleiben.

Der Abgeordnete Töpfer schlägt die Aufstellung einer Überwachungskamera im Park vor. Der Abgeordnete Rahn weist darauf hin, dass man bei solchen Lösungen mindestens ein Hinweisschild anbringen muss. Der Amtsdirektor befürwortet diese Lösung, die Verwaltung hat bereits darüber gesprochen.

TOP 10: Schließung der Sitzung - öffentlicher Teil

Der öffentliche Teil der Sitzung wird um 19:56 Uhr geschlossen.

Thomas Malzahn
Stellv. Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung